

Posener Zeitung.

Nº 277.

Dienstag den 27. November.

1849.

Berlin, den 25. November. Se. Majestät der König haben Allerhöchst geruht: Dem Kreishauptmann von Thielau auf Neubülow in der Niederlausitz den Roten Adler-Orden zweiter Klasse, so wie dem Großherzoglich Hessischen Kammerherrn und Territorial-Kommissarius bei der Bundesfestung Mainz, Freiherrn von Dalwigk, den St. Johanniter-Orden zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, den 24. November. Die Friedensunterhandlungen mit Dänemark haben guten Fortgang. Es wird immer wahrscheinlicher, daß es doch zu einer Theilung des Herzogthums Schleswig kommt, so daß nach der Sprachgräze der nördliche Dänische Theil in eine mehr unmittelbare Verbindung mit Dänemark, dagegen der südliche Deutsche Theil in eine innigere Vereinigung mit Holstein und Deutschland treten würde. Diese Lösung würde auch vielleicht die einzige sein, welche die gegenseitige Nationalabneigung zu befriedigen vermöchte. — Es ist nun entschieden, daß Mecklenburg-Strelitz sich an den Wahlen für den Deutschen Reichstag betheiligen wird. Die Bedenken, welche sein Bevollmächtigter im Deutschen Verwaltungsrath geltend zu machen suchte, sollen auf gewissen durch Hannover genährten Hofeinflüssen beruht haben. Sie sind in Anbetracht des gesetzten wichtigen Beschlusses und durch unmittelbare Besprechung mit dem Großherzog bestigt worden. Das Fürstenthum Waldeck ist wegen formeller Hindernisse bis jetzt noch nicht förmlich dem Bündniß beigetreten. Dennoch steht fest, daß es an den Wahlen sich betheiligen wird. Dasselbe glaubt man von der freien Stadt Frankfurt erwarten zu können. Die Gothaer Partei hat neuerdings zu Frankfurt a. M. eine Zusammenkunft gehabt, wo über die durch ihren Bevollmächtigten an die hiesige Regierung gerichteten vertraulichen Anfragen und die darauf ertheilten Antworten verhandelt wurde.

Berlin, den 24. November. Lassen Sie sich durch die Gerüchte, welche hier über die nächste Zukunft im Schwange sind, nicht täuschen; es sind eben Gerüchte, nichts weiter. Alles, was man über Anhäufung von Truppen um Berlin und Verhängung des Belagerungszustandes, so wie von allgemeiner Bewaffnung und großen Demonstrationen am Tage der gerichtlichen Verhandlung des Waldeckschen Prozesses, oder gar von Buzügen von außerhalb her fabelt, sind rein aus der Lust gegriffene, von der Parteisucht eingegabe, Erfindungen. Die Regierung war nie so stark und sicher und die Demokratie nie so ruhig, als in diesem Augenblick. Als ein in das Treiben der Ultra's beider Parteien Uneingeweihter, und fern von der Schmiede solcher Fabeln, kann man sich kaum einen Begeiß davon machen, daß dieselben Glauben finden. Dennoch finden sie Glauben, weil man es versteht, wirklich vorhandene, notorische Verhältnisse denselben als Grund zu unterbreiten. Den da in einem Volksvereine die Anfrage geschehen ist, ob die Kasse noch bestände, welche im vorigen Jahre (wo bekanntlich Alles geru zu den Scharfschützenkorps gehörten wollte) gegen monatliche Beiträge gute Büchsen liefern sollte *), aber Alles in Allem höchstens fünfzig geliefert hat — und da es ferner bekannt oder ausgesprengt worden ist, daß Soldaten über den Abzug der Kriegszulage von der Löhnung unzufrieden sein sollen, so haben die Parteien diese Dinge schlau benutzt, um daraus die abenteuerlichsten Geschichten zusammenzusehen. Mit der größten Bestimmtheit kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß an den ganzen Erzählung der Bossischen Zeitung von dem zum Verräther gewordenen Demokratenführer, der über Waffen u. c. Entdeckungen gemacht haben soll, kein wahres Wort ist. Es läuft hier ein gewisser Sch... unheimlich, der überall ausgewiesen ist und doch überall gebuldet wird; möglich, daß die Bossische diesen Mann meint, aber welches auch seine Verhältnisse sein mag, er hat hier nicht den geringsten Einfluß und auch sehr wenig Lokalentnisse. Schändlich ist es, daß sich immer wieder Leute finden, die im Dunkel solche drohenden Gerüchte ausschaffen, welche geeignet sind, die kaum widerkehrende Ruhe zu stören und eine künftige Aufregung in der sich leider schon schroff genug gegenüberstehenden Bevölkerung zu unterhalten **). Das ist nicht der Weg, auf dem wir aus dem jetzigen, unerfreulichen Zuständen herauskommen.

Berlin, den 24. November. Der Waldecksche Prozeß steht bevor. Alle die übertriebenen Gerüchte von Verhängung des Belagerungszustandes, von Truppenzusammenziehung, von beabsichtigten demokratischen Demonstrationen und Tumulten sind ungegründet, eben so wie die von Einschüchterungen oder gar Gefährdungen der Geschworenen. Die Demokratie Berlins hat selbst, wie ganz bestimmt verhältnißmäßig bestätigt, den Beschuß gefaßt, sich sogar jedes Anschein von Einfluß auf die Geschworenen und die ganze Prozeßsache zu ent-

*) Buddelmeyer, der Demokrat, sagt in dieser Beziehung ungern so: Wo man die jüten Büchsen vor 15 Sgr. zu haben sind? — Es ist schändlich von de Demokratie, daß se des man blos de Kreiszeitung un de Tante Posen erzählen darf, und mich nich!

**) Vergl. auch unten Posener Lokales.

Die Ned.

halten und sich deshalb das Wort gegeben, bei dem Prozeß gar nicht zu erscheinen.

Um so überraschender war die Nachricht Ihres △ Correspondenten vom 20. November, daß die Demokraten sogar durch Drohbriefe die Geschworenen einzuschütern suchten. Es wäre im Interesse der Gerechtigkeit, im Interesse des neuen Instituts, im Interesse der Geschworenen selbst, wenn der Sache näher auf den Grund gegangen würde. Die aufgestellte Behauptung kann sich nur auf die Aussage eines Geschworenen stützen, der jedenfalls keinen Anstand nehmen wird, das schwer compromittirende Zeugnis eines Drohbriefes zu veröffentlichen. Wäre ein solcher Drohbrief aber gar nicht vorhanden, so wäre die angeführte Behauptung eine unwürdige Verdächtigung. Aber selbst wenn ein solcher Drohbrief irgend einem der Geschworenen zugekommen, wo ist der Beweis, daß er von den Demokraten geschmiedet worden?

† Berlin, den 24. November. Wie überall nach allgemeinen Naturgesetzen eine entschiedene Parteibestrebung die entgegengesetzte hervorruft, so ist es jetzt wieder auf dem kirchlichen Gebiete geschehen. Den unionsfeindlichen Bestrebungen sind andere zur Vertheidigung der Union gegenüber getreten. Es hat sich in Berlin ein Ortsverein für evangelische Kirchengemeinschaft gebildet, der sich die Aufrechterhaltung der Union zur wesentlichsten Aufgabe gestellt hat. An seiner Spitze stehen der Direktor Bonnell, der Prediger Schweder und der Licentiat Krause; die einflussreichsten und thatkräftigsten Mitglieder aber sind die Prediger Sydow, Jonas und Pischon. Der Verein hat bei Gelegenheit der Feier des Schleiermacherschen Geburtstages eine Art Kirchentag gehalten im Gegensatz gegen den Wittenberger Kirchentag der Unionsfeinde. Die Unionsfreunde nämlich sind fast alle der Schleiermacherschen Richtung zugestanen, Schleiermacher selber war nicht bloß Verfechter der Union, er sollte wesentlich zu ihrer Gründung beigetragen, als Präsident der großen Synode zu Berlin im Jahre 1817. Die Unionsfreunde haben Dienstag, Mittwoch und Donnerstag berathen. Gestern wurde endlich von ihnen eine Deputation an den Cultusminister von Ladenberg gesendet. Die aus sieben Personen bestehende Deputation zählte außer den beiden Berliner Predigern Jonas und Sydow, Vertreter der Provinzen, so z. B. den bekannten Senior Krause aus Breslau. Der Cultusminister nahm die Deputation sehr wohlwollend auf und versprach derselben, von Seiten des Staats der Union allen den Gesetzen nach möglichen Schutz anzudeihen zu lassen. Der Minister ist persönlich ein Unionsfreund und kam ihm daher die Deputation ganz in seinem Sinne. Er versprach, den unionsfeindlichen Wühleren, die namentlich in der Provinz Pommern stark hervorgetreten und nicht überall den gesetzlich erlaubten Widerstand der dortigen Consistorien gefunden, nach Kräften Einhalt zu thun. Im Uebrigen aber erklärte er, daß unmittelbar nach endgültiger Feststellung der Verfassung die Neugestaltung der Kirche werde in Angriff genommen werden, wobei die Kirche sich ganz aus sich selbst regeneriren werde, ohne von Seiten des Staates hemmende Beschränkungen zu erfahren.

Berlin, den 24. November. (Berl. N.) Die Französischen, Belgischen, Englischen und Rheinischen Posten waren gestern ausgeblieben und bei dem Schlusse unseres Blattes (12 Uhr Mitternacht) eben angekommen, aber nicht ausgegeben, so daß sie nicht mehr benutzt werden konnten. *) — Auf telegraphischem Wege soll hier aus Paris die Nachricht eingegangen sein, daß man dort das Central-Comité der demokratischen Vereine aufgehoben habe. Die bei den Mitgliedern desselben in Beschlag genommenen Papiere sollen wichtige Aufklärungen über die Führer der demokratischen Partei in Deutschland geben. — Um jeder unrichtigen Mittheilung aus den Verhandlungen des Waldeckschen Prozesses, durch die Presse oder durch das Gericht, zu begegnen, ist auf Veranlassung des Ministeriums des Innern die dankenswerthe Einrichtung getroffen, die Prozeßverhandlungen amtlich stenographiren und in der Deckerschen Geh. Ober-Hof-Buchdruckerei drucken zu lassen. Eine Vervielfältigung derselben für den buchhändlerischen Betrieb wird der Verlagsbuchhandlung von Gust. Hempel überlassen werden. — Der hente in Brandenburg zur Verhandlung kommende Steuerverweigerungsprozeß gegen den Oberbürgermeister Ziegler, der erste Prozeß dieser Kategorie, zieht viele Besucher nach Brandenburg. Man ist auf die Entscheidung sehr gespannt. — Vor den Geschworenen stand gestern wiederum ein Prozeß wegen verheimlichter Schwangerschaft und Niederkunft in öffentlicher Gerichtssitzung statt. Die Angeklagte hatte auf der Anklagebank ihren Verteidiger zur Seite, der der Verlehung seiner Pflichten als Schwangerer beschuldigt wurde. Die Angeklagte hatte ihre Schwangerschaft nicht heimlich gehalten, namentlich aber ihren Schwangeren davon in Kenntnis gesetzt, es waren jedoch bei der zu frühen Entbindung keine Frauen, sondern nur 2 Knechte zugegen gewesen. Nach erfolgter Weissausnahme hielten die Geschworenen die Angeklagte nur der ver-

heimlichten Niederkunft, nicht aber der verheimlichten Schwangerschaft für schuldig und erklärten, daß der Angeklagte seine Pflichten gegen sie verletzt habe, sprachen aber aus, daß beide die entsprechenden Gesetze nicht gekannt hätten. Gegen den Antrag des Staatsanwalts erklärte der Gerichtshof beide Angeklagte für nichtschuldig, indem er aussprach, daß im vorliegenden Falle ein Vergehen ohne Conkurrenz des anderen nach den Gesetzen nicht strafbar sei, und gegen den Schwangeren keine Strafe erkannt werden könne, da ja die Hauptangeklagte freigesprochen worden, und er, wenn diese unschuldig, selbst kein Vergehen begangen haben könnte. — Dem Vernehmen nach tritt jetzt eine Commission unter Vorsitz des Prinzen von Preußen zusammen, an der außer dem Kriegsminister die Generale v. Wrangel, v. Groeben, v. Prittwitz und der Oberst v. Griesheim teilnehmen werden, mit der Aufgabe, über eine neue Armee-Eintheilung und über Vorschläge zur Neorganisation der Landwehr zu berathen. — Zu den Gerichtsverhandlungen über den Waldeckschen Prozeß sollen hundert Einlaßkarten für die Einwohner an die Bezirksvorsteher vertheilt und 150 solcher Karten an höhere Staatsbeamte ausgegeben werden. — Der auch aus der Schweiz jetzt weggewichene Dr. d'Estier ist, brieflichen Mittheilungen zufolge, nach dem Innern Frankreichs, nämlich nach dem Cantal geflüchtet. An Geld scheint es ihm bis jetzt noch nicht zu fehlen.

¶ Berlin, den 25. November. Für das Zustandekommen der Posener-Breslauer Eisenbahn sind gegenwärtig die günstigsten Ausichten. In der ersten Kammer, wo der Verabredung mit der Posener Deputation gemäß der Antrag wegen Baues der gedachten Bahn auf Staatskosten eingebracht werden soll, ist, wie wir von verschiedenen Mitgliedern derselben zu hören Gelegenheit gehabt, die Mehrzahl der Abgeordneten dem Antrage sehr geneigt, und es dürfte demnach wohl nicht zu zweifeln sein, daß derselbe hier durchgeht. Als dann kommt er an die zweite Kammer, und, wie wir vernehmen, thun die beiden Posener Abgeordneten bereits alles Mögliche, um auch dort dem Plane geneigte Stimmen zu werben. Wir wollen hoffen, daß ihren Bestrebungen das gewünschte Ziel nicht fehle, und ihnen den erlittenen Anfechtungen gegenüber die Genugthuung zu Theil werde, zu zeigen, daß der von ihnen eingeschlagene Weg der richtige, zum Ziel führende gewesen.

— Herr von Ladenberg hat in beiden Kammern Anklage erhoben gegen den revolutionären Geist, der sich im vorigen Jahre in einem großen Theil des Lehrerstandes und namentlich der Volksschullehrer gezeigt habe. Er hat jedoch hinzugesetzt, daß die Quellen derselben jetzt erkannt seien, und daß man sie zu stopfen wissen werde. Zu diesen Quellen rechnete er namentlich die dürftige materielle Ausstattung eines großen Theiles der Lehrerstellen. Uns scheint der Grund dieser Erscheinung, welche übrigens keineswegs Preußen eigenhümlich ist, ein tieferer. Bei einem Stande, der mitten aus dem Volke herangewachsen ist, der mitten unter ihm lebt und in den ganzen nächsten Kreis seiner Leiden, Bedürfnisse und Hoffnungen verflochten ist, wie kein anderer, in dessen Hand die Kinder des Volkes gegeben sind und in ihnen seine Zukunft — bei diesem Stande finden wir es sehr natürlich, daß sein Herz auch für die Zukunft und des Volkes schlägt, und daß er jeder Bewegung sich anschließt, welche dessen materielle und moralische Erhebung zum Ziele hat.

(Nat. Ztg.)

Köln, den 19. November. Vom Kriegsministerium ist die Desarmirung sämlicher Festungen am Rhein verordnet und bereits heute hier damit begonnen werden.

Halle, den 19. November. Heute ist es Jahrestag, als auch auf unseren Straßen gekämpft wurde, als hier die republikanischen Lanciers aufgelöst, entwaffnet und somit der weiten Verbesserung der Mittelpunkt zerstört wurde. Unsere Bürgerwehr ist sich aber auch ihres Verdienstes hierbei bewußt und existirt noch; sie betrachtet sich als bereits organisiert und hält nach wie vor ihre Compagnie-Versammlungen.

Bremen, den 21. November. (Berl. N.) Die Bürgerschaft nahm heute den Antrag des Senats, sich mit dem Beitritt Bremens zu dem Interim einverstanden zu erklären, ohne Discussion zu.

Oesterreich.

LNB Wien, den 23. Novbr. Nach den neuesten Nachrichten aus Prag war die Cholera daselbst in unerfreulichem Zunehmen. Zwar waren in voriger Woche nur 73 Erkrankungen erfolgt, allein es waren nur 15 Genesungen und 33 Todesfälle daraus erwachsen. — Der Kaiser widmete schon die frühen Morgenstunden den zahlreich angemeldeten Audienzen. — Die in Prag stattgefundenen Beleuchtung fiel überaus glänzend aus, war aber nicht durchgehends vom richtigen Takt geleitet. So stellte ein Transparent den Leichenzug der „Revolution“ dar, über deren Sarg sich die Kaiserkrone auf samtmarem Kissen erhob. Der Sarg erschien getragen von Radecky, Zellach, Haynau und Paskiewicz. Auf das hierüber laut gewordene Missfallen wurde das Transparent besiegelt. Der Kaiser fuhr von 7 bis 9½ Uhr, von einer langen Reihe von Wagen begleitet, durch die Hauptstraßen der Stadt und wurde überall mit lautem Jubel und Musikkören empfangen. Trotz der wogenden Menschenmasse war überall musterhafte Ordnung. Die Abreise des Kaisers von Prag ist bis zum 23sten früh verschoben;

*) Der Grund ist kein politischer, sondern, wie wir erfahren, lediglich eine Beschädigung der Schienen der Kölner Eisenbahn. D. Red.

an welchem Tage derselbe in Budweis Nachtruhe halten und den 24ten Abends in Linz eintreffen wird. Am 20sten war große Tafel beim Kaiser Franz Joseph. — Es verlautet, daß über Anregung, den oft hier anwesenden beiden Enkeln des großen Goethe das Bürgerrecht zu verleihen, der diesfällige Antrag im Gemeinde-Rathen verworfen worden sei. Zu bemerken ist dabei, daß Walther und Wolfgang von Goethe als Menschen und Kunstgenossen die ungeteilteste Achtung geniesen. — Hebbel's „Rubin“ ist gestern im Hof- und National-Theater total durchgefallen. — Die Stadt Lemberg soll ein Fort auf der sogenannten Türkenschanze erhalten. Auch heißt es, daß die Karpathenpässe Befestigungen erhalten sollen. — Wie auf dem Garda-See wird jetzt auch auf dem Lago Maggiore ein Kriegsdampfer gebaut, und eben so zur Bewachung des Poßusses an dessen Mündungen ein armirtes Dampfschiff aufzustellen beabsichtigt. — Alle Festungen im Lomb.-Venet. Königreiche sollen nach den neuesten Erfahrungen mit Geschütz versehen und die Einrichtung eigens hierzu ernannten Kommissionen übertragen werden.

Frankreich.

Paris, den 19. Nov. Die Ernennung des Divisions-Generals Lahitte zum Minister des Auswärtigen wird vielfach besprochen. Während die legitimistischen und überhaupt die conservativen Organe sich völlig damit zufrieden erklären, wird von republikanischer und bonapartistischer Seite daran erinnert, daß Lahitte, wie sein College d'Hautpoul, bei dem Feldzuge an der Drome eine Rolle spielte, als nach der Landung Napoleons im Golf Jouan die Königl. Freiwilligen im Vereine mit den Verbündeten des Südens diesen Theil Frankreichs in Aufstand gegen den „Usurpator“ zu versetzen suchten. Er machte den kurzen Feldzug von 1815 unter den Befehlen des Herzogs von Angouleme als Capitain mit und von daher datirte sein Glück in der militärischen Laufbahn, indem er schon wenige Jahre später zum General emporstieg. Im Jahre 1823 machte er den Feldzug nach Spanien als Adjutant Angouleme's mit und blieb seitdem immer bei den Bourbons in großer Gunst. Nach der Juli-Revolution holte er erst die ausdrückliche Erlaubnis Angouleme's ein, bevor er sich entschloß, unter Ludwig Philipp Dienste zu nehmen. — In einigen Theilen von Algerien wütet die Cholera entsetzlich. Nach Briefen aus Oran vom 5. waren daselbst 700 Militärs und 3700 Civilisten, d. h. ein Sechstel der Bevölkerung, daran gestorben. Die Krankheit tödete so schnell, daß sie in einer Nacht ganze Familien von 6 bis 10 Personen hinraffte. Ein Tirailleur-Bataillon von 400 Mann war auf die Hälfte geschmolzen. Alle Läden waren geschlossen, man zündete in den Straßen große Feuer an, schoss mit Kanonen und hielt Prozessionen. Nach einem Briefe vom 10. ließ die Cholera in der Stadt etwas nach, machte aber im Innern Fortschritte, wo auch viele Araber ihr erliegen. Die drei Oberärzte des Spitals zu Oran wurden nach einander das Opfer der Seuche. — Der Kaiser von Hayti hat daher für nahe an 1,400,000 Frs. Möbel bestellt, die sämmtlich von seinem Gesandten gleich baar bezahlt werden. — Aus Avignon wird gemeldet, daß die Demokraten dort ein paar Abende nach einander Unfug verübt haben, so daß Militair einschritt und einige der ältesten Tumultuanten verhaftet. Man hörte die Lieblingstruse der Demokratie: „Tod den Aristokraten! Au die Laternen mit ihnen! Nieder mit den Reichen! Es lebe die Guillotine!“ In mehreren Kaffeehäusern wäre es fast zu blutigen Thätlichkeiten gekommen. (Köln. Ztg.)

Paris, den 20. Novbr. (Köln. Ztg.) Mit Herrn Guizot, dessen Ankunft ich Ihnen bereits meldete, ist auch die Fürstin Lieven nach Paris zurückgekehrt. Der seit 20 Monaten geschlossene so berühmte Salon der Fürstin hat sich wieder geöffnet und wird allem Anschein nach in dieser Zeit noch eine bedeutendere Rolle spielen, als früher. Vorgestern Abend sah die Fürstin die erste Gesellschaft bei sich; alle Chefs der orléanistischen und legitimistischen Partei waren anwesend, alle hatten sich beeilt, Herrn Guizot die Hand zu drücken; nur einer fehlte in diesen Reihen — Herr Thiers. Herr Thiers war wirklich nicht geladen, wie man sagt, auf ausdrücklichen Wunsch des alten Ex-Minister-Präsidenten, der seine Abneigung gegen Thiers nicht beseitigen kann und demselben allein die Schuld beimißt, daß die „Februar-Emeute“ ein so unglückliches Ende genommen hat. Was die Verhältnisse zwischen Herrn Thiers und dem Grafen Molé anbetrifft, so kann ich Ihnen in dieser Beziehung eine Auskunft des letzteren citieren, welche derselbe vor kurzem gegen einen namhaften deutschen Historiker hat: „Ich mag Herrn Thiers nicht (Je n'aime pas Mr. Thiers), aber ich habe in diesem Augenblicke mit ihm ein gleiches Ziel.“ In Rücksicht auf dieses gemeinschaftliche Ziel soll sich denn auch der Graf Molé sehr bemühen, eine Aussöhnung zwischen den beiden alten Rivalen zu Stande zu bringen. Daß Herr Thiers dem Elysée gegenüber eine durchaus feindliche Stellung angenommen hat, beweist am besten die für den Vice-Präsidenten Boulay so unangenehme Sitzung vom letzten Freitag. In dem Augenblicke, wo über den für den Vice-Präsidenten proponirten Credit abgestimmt wurde, konnte man Herrn Thiers von Bank zu Bank gehen sehen, seine Getreuen ermunternd, indem er immer wiederholte: „Verweigern, verweigern, das trifft höher (den Präsidenten der Republik).“

Großbritannien und Irland.

London, den 21. Novbr. Von den beiden politischen Agitatoren in Irland, John O'Connell und Gavan Duffy, hat die Tätigkeit des letzteren unstreitig den meisten Erfolg. Die von ihm angeregte „National-Konferenz“ zählt unter ihren Theilnehmern 75 Würdenträger und 106 Geistliche der römisch-katholischen Kirche, 22 Geistliche der Kirche von England, 120 Magistrats-Personen, Gutsbesitzer, Mitglieder von Corporationen und Armenpfleger, 200 Mitglieder des Gelehrtenstandes, 800 Kaufleute, Handelsreibende und Handwerker. — Der Herzog und die Herzogin von Nemours sind aus Brüssel am verschloßenen Freitag nach Claremont zurückgekehrt. Der Exkönig der Franzosen und die Königin genießen beide der besten Gesundheit; dabei soll Louis Philippe sehr heiterer Laune sein. Auch der Prinz und die Prinzessin von Joinville, sowie der Herzog und die Herzogin von Almalo verweilen gegenwärtig in Claremont. — Zu Glasgow ist der Geschichtsschreiber Macaulay als Rektor der Universität wieder erwählt worden. (K. Z.)

Belgien.

Brüssel, den 19. November. (Köln. Ztg.) Die Repräsentantenkammer begann heute die Berathung des Entwurfs der Antwort-Adresse auf die Thronrede. Eine allgemeine Diskussion fand nicht statt, da man einer Rede des Hrn. Lelièvre, die keine Antwort hervorrief und bloß die Billigung des Entwurfs aussprach, nicht wohl jenen Namen beilegen kann. Hr. Dedecker sprach zwar

auch, aber nicht über die Adresse. Er verlangte von der Regierung eine Amnestie für alle politischen Gefangenen, deren Zahl, Gottlob! in unserem Lande sehr gering ist. Unter dem Beifalle der Kammer ersuchte der Minister des Innern Hrn. Dedecker, sich in der von ihm angeregten Beziehung getrost auf die milden Gestimmen des Staats-Oberhauptes und auf die gleiche Neigung des Cabinets zu verlassen. Die Kammer schritt nun zur Berathung der Paragraphen, die ohne erhebliche Debatten bis zu dem auf die Pensionskassen für die Arbeiter bezüglichen Paragraphen angenommen wurden.

Italien.

Über die Rückkehr des Papstes enthält der „Courier français“ Folgendes: „Depeschen, welche die Regierung vor Kurzem erhalten hat, melden, daß der Papst in der zweiten Hälfte des Dezember nach Rom zurückkehren wird.“ — Der „Osservatore Romano“ spricht von Kommissären der Londoner Bibel-Gesellschaft, welche in Piemont Beklehrungs-Versuche zum Protestantismus machten und darin von der liberalen Partei unterstützt würden, indem diese dadurch die Grundlagen der päpstlichen Macht zu untergraben hoffe. „Leider,“ fügt der „Osservatore“ hinzu, „leihen einige Priester und Mönche diesem ruchlosen Plane ihren Beifall.“ (Köln. Ztg.)

In Turin ist das Ergebnis des Konflikts zwischen der Regierung und der Deputirtenkammer, welcher in den Verhandlungen über den Friedens-Vertrag wieder einmal in seiner ganzen Schroffheit an den Tag getreten ist, zunächst die Prorogation des Parlaments bis zum 29. Novbr. gewesen. Am 17. ist dieselbe den Kammer verkündigt worden, welche die Nachricht schweigend aufnahmen und nach Anhörung derselben sogleich aus einander gingen. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß dieser Prorogation die Auflösung der Deputirtenkammer und die Ausschreibung neuer Wahlen folgen werde. Die Befürchtung, daß ein ähnlicher Schritt nötig werden könne, ist schon lange gehegt worden; bei der Haltung, welche die radikale Majorität der Kammer der Regierung gegenüber angenommen hat, ist die constitutionelle Versetzung in Sardinien, von Anfang der Session an, ernsthaft gefährdet gewesen, und zwar nicht durch Schuld der Minister. Unmittelbar ist die letzte Wendung durch einen Beschluss der Deputirtenkammer, welcher eine indirekte Verwerfung des Friedens-Vertrages enthielt, veranlaßt worden. — Selten ist wohl von einer Repräsentanten-Versammlung ein unverhüllter Krieg gegen ein Ministerium geführt worden, als der, zu welchem sich die Feinde der Sardischen Regierung durch verbündeten Haß, Eitelkeit oder kurzfristigen Patriotismus haben hinreißen lassen. Vergebens waren alle Bemühungen der einstifsvolleren Deputirten, die Kammer von dem abschüssigen Wege, den sie betreten, abzulenken. Es half nichts, daß Brofferio, der Führer der radikalen Opposition, sich bemühte, seinen Genossen in einem bereiteten Vortrage aus einander zu setzen, daß es ihre Pflicht sei, sich nicht von den Eingebungen eines, wenngleich edlen, doch unüberlegten Patriotismus hinreißen zu lassen, sondern sich in

dem allgemeinen Schiffsbuch Italiens an das Statut und die constitutionelle Regierung, als den letzten Rettungsanker der Halbinsel, zu halten. — Aus Rom haben wir Nachrichten bis zum 14. Novbr. Die Ernennung des Generals Baraguay d'Hilliers zum Nachfolger des Generals Rostolan und des Hrn. de Corcelles war am 12. Nov. bekannt geworden. Sie hatte einiges Erstaunen erregt; doch befürchtete man nicht, daß sie auf die Einschläge des Papstes in Bezug seiner Rückkehr einen ungünstigen Einfluß ausüben werde. (Köln. Z.)

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.

New-York, den 6. November. Heute finden die Wahlen in New-York für den Kongress statt. Vor einigen Tagen waren die Chancen entschieden für die demokratische Partei, welche ihre alten Spaltungen in Bezug auf die Sklavenfrage aufgegeben und sich um des Sieges Willen zur Eintracht entschlossen zu haben schien. Aber gestern sind von den Old-Hunks, den Demokraten, denen die Sklavenfrage gleichgültig ist, einige Manifeste ausgegangen, welche den Anhängern Van Buren's (den Freiboden-Männern) Verrath und Täuschung vorwerfen. Die Folge davon ist, daß wahrscheinlich die Whigs in dem Wahlkampf siegen werden. Wenn der Staat New-York whiggisch bleibt, so ist das gegenwärtige Ministerium des General Taylor ziemlich bestellt. — Viel Äusseren macht hier das Benchmen des anglikanischen Bischofs Ives von der Diözese Nord-Carolina. Derselbe hat jede Masse in Bezug auf seine religiösen Gesinnungen abgeworfen, und einen Mönchsorden mit Cölibat und andern katholischen Grundsätzen gestiftet. Hoffentlich jedoch wird man ihn in seiner Stellung nicht belassen. — Bekanntlich ist hier das Princip der Trennung von Staat und Kirche vollkommen durchgeführt, und die religiösen Korporationen erhalten sich nur durch das Freiwilligkeitsystem. Daß die Existenz der Kirche hierdurch nicht bedroht ist, zeigt sich fortwährend. Vor einigen Tagen forderte hier der Pastor einer presbyterianischen Kirche seine Gemeinde auf, eine Schuld von 17,000 Dollars, welche das Eigentum der Kirche belastete, zu entfernen. Am Schlusse der Predigt wurden sofort von den Anwesenden 11,000 Dollars unterzeichnet. Auf einem Platz in New-York stehen eine bischöfliche und eine presbyterianische Kirche nebeneinander, beide das Resultat der frommen Freigebigkeit sehr weniger Individuen. — In Süd-Carolina wird jetzt von einem gewissen Junius Smith ein interessanter Versuch gemacht mit Anbau des Thees. Er hat einen Platz ausgesucht, wo die Temperatur mild und gleichmäßig ist, und seine Stauden sind im besten Gedeihen. Der schwarze und der grüne Tee sind in voller Blüthe, und in wenigen Wochen hofft er seine erste Ernte zu gewinnen.

(Nat. Ztg.)

Kammer-Verhandlungen.

Die erste Kammer beschäftigte sich in ihrer 72. um 10 Uhr eröffneten Sitzung mit der fortgesetzten Berathung der Art. 62 und 63 der Verfassung. Es werden wieder mehrere Amendements eingeführt, die hinreichende Unterstützung finden. Abg. Bianco eröffnet die Debatte, er findet es am zweckmäßigsten, zwei Drittheile der Abg. zur ersten Kammer aus der Zahl der größeren Grundbesitzer zu wählen. Abg. Brüggemann schließt sich dem von dem Abg. Stahl aufgestellten System mit Ausnahme des Erblichkeits-

Prinzips an. Sollten aber die „Berufsklassen zur Vertretung nicht berufen werden“ so sei das Amendement des Abg. Dönhoff zur Annahme geeignet. Abg. v. Zander spricht für ein von ihm eingeführtes Amendement, nach welchem die erste Kammer aus den Prinzen des Königl. Hauses, aus den Häuptern der vormals unmittelbaren Reichstände und aus 220 gewählten Mitgliedern zusammensetzen soll. Die Kammer schritt nun zur Berathung der Paragraphen, die ohne erhebliche Debatten bis zu dem auf die Pensionskassen für die Arbeiter bezüglichen Paragraphen angenommen wurden.

Prinzip an. Sollten aber die „Berufsklassen zur Vertretung nicht berufen werden“ so sei das Amendement des Abg. Dönhoff zur Annahme geeignet. Abg. v. Zander spricht für ein von ihm eingeführtes Amendement, nach welchem die erste Kammer aus den Prinzen des Königl. Hauses, aus den Häuptern der vormals unmittelbaren Reichstände und aus 220 gewählten Mitgliedern zusammensetzen soll. Die Kammer schritt nun zur Berathung der Paragraphen, die ohne erhebliche Debatten bis zu dem auf die Pensionskassen für die Arbeiter bezüglichen Paragraphen angenommen wurden.

Abg. v. Bethmann-Hollweg erklärt sich gegen die betreffenden Artikel der Verfassung, sie seien die „allerdings nicht ganz unsystematischen Gedanken eines Mannes, der jetzt unter einer schändlichen Anklage in Haß ist.“ Schließlich erklärt sich der Redner für das Amendement Stahl.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird abermals verworfen. Abg. Jakob erklärte sich hierauf für das Amendement Stahl. Abg. Gr. v. Alvensleben hält ein Amendement des Abg. Denzin, nach welchem alle, welche 8 Thlr. Klassesteuer zahlen oder 500 Thlr. reines Einkommen haben, Wähler sind. Auch andere Amendements sind inzwischen eingegangen und unterstützen worden.

Um 3 Uhr wird die Debatte bis morgen vertagt.

In der 73. Sitzung der ersten Kammer wurde die gestern aufgetragene Berathung über die Art. 62 und 63 der Verfassung wieder aufgenommen. Mehrere Abg. haben sich über ihre Abänderungen Vorschläge vereinigt, sie ziehen die früher gestellten deshalb zurück und bringen einen neuen ein. Abg. v. Reibnitz, welcher die Debatte eröffnet, motiviert dieses Amendement. Abg. v. Tepper erklärt sich für das von dem Abg. Wachler eingereichte Amendement. Abg. Milde vertheidigt den von ihm unterzeichneten Verbesserungsantrag von Kisker. Abg. v. Jordan will prinzipieller für das Amendement des Abg. Dönhoff stimmen, event. werde er sich ein Provisorium erklären. Abg. v. Bernuth schließt sich dem Abg. Dönhoff ebenfalls an, jedoch mit der Maßgabe, daß statt dreißig resp. vierzigfachen Zahl“ gesetzt werde: Hundertfacher Zahl.“ Abg. Denzin vertheidigt das von ihm gestellte, dem letzten Bericht bei der Rede des Abg. Gr. v. Alvensleben mitgeteilte Amendement.

Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird hierauf angenommen.

Der Berichterstatter Abg. Baumstarck resumiert die von den Vorrednern gegen den Commissions-Antrag erhobenen Einwendungen. Die gestellten Amendements bringt er in 9 Kategorien, die er sämtlich einer Beleuchtung unterwirft, indem er gleichzeitig den Commissionsantrag vertheidigt.

Nachdem nach mehr als einstündigem Berathung die Frage festgestellt ist, wird zur Abstimmung geschritten. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung über alle Amendements wird verworfen, mehrere solche, einzelne Amendements betreffend, aber angenommen. Bei der ersten Frage wird angenommen, daß der Abstimmung der Mitglieder zur ersten Kammer 180 nicht übersteigt.

2. u. 3.) Die Amendements Stahl und Brüggemann werden abgelehnt. 4) Soll die Nr. 3 des Antrages Stahl, von der in erblicher Weise zu ernennenden Mitglieder wegbleiben. Wird mit entschiedener Majorität bestellt.

5) Der übrige Theil des Stahl'schen Amendements wird in namentlicher Abstimmung mit 105 gegen 40 Stimmen abgelehnt. 6, 7, 8 und 9) werden die Amendements Kellsch, Ritter, v. Bernuth, (mit 78 gegen 64 Stimmen), v. Dönhoff (mit 59 gegen 83 Stimmen) abgelehnt; ebenso die Anträge von Nr. 10 bis 18. 19) Der Antrag des Abg. Mäckle: „Für den Fall, daß die Anträge, welche die definitive Bildung einer Ersten Kammer bestreben, die Stimmenmehrheit nicht erhalten sollten, wolle die Kammer vom 5. Dezember 1848 dahin abgeändert werden: Die Bildung der Ersten Kammer bestimmt ein mit vorheriger Zustimmung der Kammer zu erlassendes besonderes Gesetz, welches dann als ein Theil der Verfassungs-Urkunde gelten wird. Bis zum Erlass dieses Gesetzes verbleibt es bei dem interimistischen Wahlgesetz vom 6. Dezember 1848.“ wird mit 81 Stimmen gegen 51 angenommen.

Die Kammer ist inzwischen mit Kerzen erleuchtet.

Präsident v. Auerwald wirft die Frage auf, ob trotz der angenommenen Provisoriums noch die vorbehaltene Abstimmung über die Privaten und die Reichsunmittelbaren stattfinden soll? Die Versammlung wünscht dieses nicht. Schluß der Sitzung 4 Uhr 10 Minuten. Nächste Sitzung Montag den 26. November 10 Uhr Vormittags. Tages-Ordnung: Tit. V. Art. 64 ff.

Die heutige 59ste Sitzung der zweiten Kammer wurde um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr eröffnet. Die Tagesordnung enthält den Bericht der Agrar-Commission über den Entwurf des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bürgerlichen Verhältnisse.

Abg. Graf Ziethe überreicht, bevor die Kammer zur Tagesordnung übergeht, einen Protest von 600 Katholiken gegen die Beschlüsse der Kammer in der Kirchen- und Schulfrage. Ein Antrag des Abgeordneten Eding und Genossen, die motivierte Tagesordnung zu dem in der letzten Sitzung verhandelten Antrage des Abgeordneten Ulrichs enthaltend, wird wiederholt zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Zu dem Gesetz-Entwurf der Agrar-Commission werden mehrere Amendements gestellt, darunter eines, welches die Annahme desselben en bloc verlangt. Der Herr Minister des Innern eröffnet die Debatte. Das strenge formale Privatrecht könne in dieser Angelegenheit durchaus nicht berücksichtigt werden. Die bisherigen Ablösungen hätten sich als ungenügend gezeigt. Die Regierung habe sich aber, soweit es mit höheren Rücksichten vereinbar war, an die bestehenden Rechtsverhältnisse gehalten. Der Herr Minister erklärt sich gegen das Amendement, welches die Annahme des Gesetz-Entwurfs en bloc verlangt und wünscht, die Debatte möge sich an gewisse Punkte, deren er neu aufzählt, nähern anschließen. Schließlich fährt hierauf der Minister fort, trage ich noch die Bitte vor, die Debatte von jeder Bitterkeit frei zu halten. Die Regierung wird Alles, was in ihrer Kraft steht, dazu beitragen, die Sache in einer friedlichen Weise zur Lösung zu bringen.

Der Berichterstatter Abg. Ambrogn spricht für, Abg. Schow gegen den Commissions-Antrag.

Abg. Elwanger vertheidigt die Commission. Abg. Schöppenbergs bedauert, daß für Schlesien nicht ein besonderes Ablösungsgesetz erlassen worden. Abg. Hesse (Brilon) spricht sich für den Gesetzentwurf der Regierung aus.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Graf Arnim will im Namen seiner Committenten das Recht wahren und deshalb diejenigen Punkte angeben, in welchem der Entwurf das Recht verlegt.

Der Redner entscheidet sich für Ablösung aller Lasten durch Rente unter Aufrechthaltung aller bestehenden Verträge, und bedauert zu wiederholten Malen, der Regierung gegenüberzutreten zu müssen bei diesem Gesetzentwurf, der nur das Erbe einer schlechten Verwaltung sei. (Bravo und Zischen.) Der Präsident bittet, den gleichen Manifestationen zu unterlassen, was zu einer etwas gereizten Diskussion zwischen ihm und Herrn v. Kleist-Reckow Anlaß giebt.

Der Minister des Innern: Die bisher vorgebrachten Einwendungen beträfen weniger das Prinzip, als einzelne Bestimmungen des Gesetzes; sie werden auch in der speziellen Debatte beantwortet werden. Besonders sei es als eine Kühnheit bezeichnet worden, die bäuerlichen Verhältnisse des ganzen Landes durch ein Gesetz regeln zu wollen. Er finde eine weit größere Kühnheit darin, spezielle Gesetze für einzelne Landestheile erlassen zu wollen — Uebrigens sei der Entwurf nicht, wie gesagt, in der Gestalt aufgenommen, wie die Regierung ihn von der früheren Verwaltung überkommen habe; es seien im Gegentheil nicht unwesentliche Veränderungen vorgenommen. Allerdings sei das Patow'sche Promemoria berücksichtigt worden; allein die Beschuldigung, ein Gesetz kontrastiert zu haben, welches von rohen Pöbelhaufen diktiert sei, weise er entschieden zurück. (Bravo.)

Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Debatte wird abgelehnt, die Vertagung dagegen angenommen.

Herr v. Patow rechtfertigt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Anschuldigungen des Grafen Arnim gegen ihn und das Ministerium Camphausen.

Graf Arnim vertheidigt sich gegen diese und die Neuerungen des Herrn v. Manteuffel, worauf dieser erklärt, seine Neuerung habe sich auf die Rede des Herrn v. Schadow bezogen.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

Die zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer 60sten, um 10½ Uhr eröffneten Sitzung mit der fortgesetzten Berathung über den Commissionsbericht, die Agrar-Gesetzgebung betreffend. Bei Eröffnung der Sitzung wird der Namensaufruf vorgenommen, da es sehr zweifelhaft ist, ob die Abgeordneten sich in beschlußfähiger Zahl eingefunden haben. Während des Namensaufrufs füllten sich indes die Bänke, weshalb die Ermittelung der beschlußfähigen Zahl nicht weiter verfolgt wird.

Abg. v. Bodelschingh erklärt: Die Centralkommission sei bei der Berathung des Budgets zurückgehalten worden. Durch ein Schreiben des Präsidenten der ersten Kammer wird mitgetheilt, daß der Gesetzentwurf über die Telegraphenanstalten bereits dem Ministerpräsidenten zugegangen sei. Hierauf geht die Kammer zur Tagesordnung über. Zu den Commissions-Anträgen über den Ablösungs-Gesetz-Entwurf sind wieder mehrere Amendements eingeflossen, der sich für die Anträge der Commission erklärt. Abgeordneter Wehner spricht gegen die Gesetzes-Vorlagen. Abg. v. Werdeck sagt: er sei zwar im Prinzip für das Gesetz, habe aber doch gegen dasselbe Vieles einzurichten. Der Schluß der allgemeinen Discussion wird abgelehnt.

Abg. v. Kleist-Reckow will sich, nach dem Wunsche des Herrn Ministers, aller Bitterkeiten enthalten, obgleich das Gesetz seinen Wünschen nicht entspricht. Der Herr Minister des Innern antwortet dem Vorredner auf einige Bemerkungen. Er wisse sehr wohl, daß der Gesetzentwurf Uebelstände mit sich bringe; es frage sich nur, ob sie auch überwiegend seien. „Gewiß werden“, so schließt der Herr Minister, „ihre Berathungen auf den Entwurf, in welcher Weise er auch in's Leben treten möge, den wesentlichsten Einfluß üben. Die Regierung hat die Überzeugung, daß das Gesetz für beide Theile die beste Wirkung haben wird, wenn auch nicht in der allerstärksten, so doch in etwas fernerer Zukunft.“

Abg. Graf Renard spricht für, Abg. Bismarck-Schönhausen gegen den Gesetz-Entwurf. Nach einigen Bemerkungen des Herrn Ministers des Innern wird der Schluß der Debatte angenommen.

Abg. v. Patow (zur persönlichen Bemerkung): Ich bin als der Urheber des vorliegenden Gesetzes bezeichnet worden. Gestatten Sie mir, meine Beteiligung und die Motive des Gesetzes Ihnen kurz darzulegen. (Ja! Ja!)

Der Präsident erklärt, dies würde die Grenzen der persönlichen Bemerkung überschreiten, worauf der Redner die Tribüne verläßt.

Abg. Keitel: Ich bin Mitarbeiter bei dem Gesetzentwurf gewesen und stimme in allen Punkten mit demselben überein. Ich kann hierbei erklären, daß allerdings das Jahr 1848 Einfluß auf die Absaffung des Gesetzes ausgeübt hat; wer aber kann behaupten, daß das Jahr keinen Einfluß auf ihn ausgeübt habe. Ich würde nicht, mit welchen Rechten sonst wir und der Abg. für Brandenburg hier ständen würden. (Lebhafte Bravo!)

Ueber den Titel des Gesetzes ergreift Abg. v. Seckendorf das Wort und spricht gegen das Amendement v. Wedell, welches die Worte: „mit Ausnahme der auf dem linken Rheinufer belegenen Landesteile“, gestrichen haben will.

Jusizminister Simons spricht auch gegen das Amendement, indem er darauf hinweist, daß die guisherrlich-bäuerlichen Verhältnisse auf dem linken Rheinufer längst gelöst seien. Auch die Renten seien mobilisiert und bildeten nur noch eine persönliche Schuld. Außerdem seien die Rentgläubiger sohn schon benachteiligt, ein neuer Wechsel der Gesetzgebung würde ihnen nur noch mehr Nutzen bringen. Das Gesetz passe also nicht auf das linke Rheinufer. Wenn noch Zweifel darüber vorhanden seien, so bitte er, die Beschlusnahme über den Titel bis zur Beendigung der Berathung des Gesetzes auszuwegen.

Regierungskommissair v. Schellwitz ergreift auch das Wort gegen dasselbe. Diejenigen Renten, die auf dem linken Rheinufer sich noch befinden, sind solche, wie sie § 5. anführt. Nach dem Naturalabgaben aber werden am Rhein nach dem zwanzigfachen Betrage abgelöst. Dies ist die einzige Bestimmung, auf die das

Gesetz Anwendung finden dürfte. Ueberdies würde eine gleichförmige Gesetzgebung doch nicht erzielt werden: da die unentgeltliche Aufhebung am Rhein viel weiter gegangen sei.

Abg. Gr. Schwerin: Ich bin gegen das Amendement und will zugleich meine Stellung dem Gesetze gegenüber darlegen. Wenn man bei diesem Gesetze das Wort „ministeriel“ gebraucht hat, so fasse ich diese Bestimmung anders, als diejenigen, welche sich als die hauptsächlichen Stützen der Regierung hinstellen, die aber in materiellen Angelegenheiten ihr die Unterstützung entziehen. Ich glaube, daß da, wo es sich um große politische Meinungen handelt, der Bürger seiner Überzeugung unabhängig folgen muß, wo es aber auf materielle Fragen ankommt, da gilt es zu zeigen, ob man dem gegenwärtigen Ministerium vertraut oder nicht. Ich halte den für einen ministeriellen Abgeordneten, der in solchen materiellen Fragen seine Meinung dem Ministerium unterordnet. Ich glaube, nun den einzelnen Bestimmungen nach mich dem Ministerium unterwerfen zu müssen, weil ich glaube, daß es faktisch und praktisch besser unterrichtet ist, und weil ich Vertrauen zu ihm habe.

Abg. v. Kleist-Reckow bemerkt zur Geschäftsordnung, daß der Präsident nur dann das Wort in der Debatte ergreifen dürfe, wenn er das Prästdium während der Diskussion niedergelegt habe.

Abg. Gr. Arnim: Ich bin hier, um in der Art ministeriell zu sein, daß ich gegen jede Rechtsverlegung austrete. Das ist keine bloß materielle Frage, sondern eine Frage von der höchst politischen Bedeutung. Ich überlasse es übrigens dem Ministerium, zu entscheiden, welche Unterstützung ihm mehr zu statthen gekommen, unsere oder die Unterstützung der Partei des Präsidenten. (Bravo! Zischen. Tumult.)

Vizepräsident Simson weist den Redner in die Grenzen der persönlichen Bemerkung. (Bravo! Tumult.)

Abg. Gr. Schwerin bittet, die Frage, die Abg. Kleist angezeigt, zur Entscheidung zu bringen.

Nach einer kurzen Debatte hierüber erklärt der Vizepräsident, daß diese Frage nur auf dem geschäftsordnungsmäßigen Wege erledigt werden könne. Es kommt hierauf zur Abstimmung, in der das Amendement verworfen, der Kommissionsantrag angenommen wird.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr. Nächste Sitzung: Montag früh 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über das Agrargesetz.

Locales &c.

Posen, den 26. Novbr. Der Staats-Anzeiger von heut (Montag) ist ausgeblieben.

Posen. — Auch über uns bricht die Zeit der Gerüchte herein. Einer unserer achtbaren Mitbürger brachte am Sonnabend Abend aus Samter das dort durch Eisenbahntreisende verbreitete Gerücht mit, in Paris sei die Revolution (zu welchen Gunsten wurde nicht gesagt) aufs Neue ausgebrochen; ja noch mehr, in unserer so überaus ruhigen Stadt Posen, die unser Gewährsmann erst am Morgen verlassen, ginge es gleichfalls darunter und darüber! — „Lasset kein faul Geschwätz aus eurem Munde gehn,“ — sagt die Schrift. — Quirinus Müller, durch seine Marmorgruppen aus lebenden Personen in Berlin und andern großen Städten bekannt, soll nächstens auch hierher kommen.

Donaborow, den 24. November. In der Nacht vom 17. zum 18. ist das gesamme Dominalgeschäft abgebrannt. Der Pächter des Gutes war eben nach Breslau gereist, als auf zwei Punkten das Feuer ausbrach; in kurzer Zeit waren dabei die Köpfe der Scheuer und des Speichers ein Raub der Flammen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Feuersbrunst durch Brandstiftung entstanden ist. Die Eigentümer des besagten Gutes sind die Klitsch'schen Erben, welche das Unglück um so härter trifft, als sie voriges Jahr auf ähnliche Weise die Wirtschaftsgebäude in Jankow verloren haben.

Grabow, den 24. November. Unsere Gegend wird unsicher: es bilden sich Banden, welche namentlich die Wälder plündern, Viehdiebstähle ausführen, Gänse und Lebensmittel stehlen und das sonstige Eigenthum gefährden. Die Sendarmen des Kreises haben die Wälder abgesucht; doch haben sie kein verdächtiges Subjekt eingekreist. Man vermutet, daß der Kern der sauberen Gesellschaft aus Dieben besteht, welche vor einiger Zeit aus dem Gefängniß in Kempen ausgetragen und entflohen sind. Von einem Juden war ihnen ein Messer zugestellt worden; damit hatten sie das Schloß der Gefängnißküche ausgeschritten. Auf dem Corridor stellte sich ihrer Flucht der Gefangenwärter Taube entgegen; sie schlugen ihn mit einem Schemmelbeine nieder,wickelten ihn in ihre Decken und wärsen ihre Strohsäcke auf ihn. Mit den Schlüsseln, welche sie unterm Kopftisken ihres Lagers fanden, öffneten sie die Thüren, durch die sie sich in Freiheit setzten. Taube blieb bestimmt und starb in 2 Tagen, bedauert als treuer Beamter und Familienvater. Bemerkt muß zugleich werden, daß einige der Wissenshäder im Königreiche Polen bei Diebstählen, die sie dort verübt, ergriffen worden sind und unter ihren Unthaten auch die erzählte eingestanden haben.

Doruchow, den 24. November. Der hiesige Pfarrer erfordert gegen die Brauweinvölker, aber, wie es scheint, mit großem Eifer. Dasselbe hat er auch am Sonntage vor 8 Tagen. Da hatten die Bauern, welche diese Art Predigten sehr widerstehen, eine Demonstration gegen den Rigorismus ihres Geistlichen vorbereitet: es waren Betrukkene in der Kirche, welche in die Predigt drin sprachen, Lärm machten und sich endlich übergeben. Der Pfarrer forderte seine Zuhörer auf, die Trunkenbolde zu entfernen; es war Niemand bereit, seinen Forderungen nachzukommen. Die Scene mußte sich selber zu Ende spielen. Da beschloß er, den nächsten Sonntag seiner Gemeinde eine ordentliche Strafpredigt zu halten. Er that es. Da verließen sämmtliche Bauern die Kirche und sprachen sich außer der Kirche gegen ihn mit der größten Heftigkeit aus. Wir glauben, daß auf solche Weise die Mäßigkeitsfahne nicht gefördert wird. Da muß man behutsam, bei Wenigen und auf sanfte Weise anfangen, und immer bedenken, daß zur Heilung eingerosteter Uebel, zumal wenn Sitte und Gewohnheit sie halten, eine vorsichtige Kur, welche am besten durch die Schule und den Religionsunterricht eingeleitet werden kann, notwendig ist. Auch gehört ein Vertrauen dazu, welches jener Geistliche noch nicht zu beifügen scheint. Piano va sano!

Skalmierzyce, den 21. November. In dem genannten Dorfe traf ich vor einiger Zeit den Königlichen Rentmeister, welcher hingekommen war, um aus diesem und dem benachbarten Domainendorf Skalmierzyce die Grundzüge einzuziehen. Da sah man nur ordentliche und wohlgekleidete Bauern; alle zahlten mit einer auffälligen Bereitwilligkeit und Freundlichkeit. Ein ge-

wisser Antstand und eine augenscheinliche Wohlhabenheit waren nicht zu verkennen; — die Männer waren kräftige Gestalten und sahen frisch und gesund aus. Sie tranken keinen Brantwein, sondern Wein und Kaffee. Es ist der Ortsschulz, ein ehemaliger Gardist, welcher mit seinem Beispiel vorgeht und diese Veränderung hervorgebracht hat.

* Bromberg, den 24. Novbr. Der Garde-Landwehrmann Michael Arndt nahm im vorigen Monat Urlaub und reiste nach der im Schubiner Kreise belegenen Heimath. Kaum war er hier angelangt, so ging er mit einigen Bekannten auf die Jagd und entdeckte dabei eine Dachsgrube. Am andern Tage ganz früh eilte er daher mit einem Spaten allein dorthin, um die Dachsfamilie zu überraschen. Er grub darnach, nachdem er die Ausgänge verstopt hatte, wagte sich jedoch zu tief und ward verschüttet; seine Bekannten fanden nach einigen Tagen die Leiche. — In Groß-Sitno, im hiesigen Kreise, wurde ein Kind von der fortgehenden Mutter eingeschlossen; es segte sich auf den Kamin, um sich zu wärmen und verbrannte dabei. Auch in Kobylina, Gnesener Kreis, und in einem am Bromberger Kanal liegenden Hause sind in letzter Zeit zwei ähnliche Unglücksfälle vorgekommen. — Bei einem 3 Meilen von hier in dem Dorfe Gumnowitz bei Nakel vorgekommenen Brande sind dem Rittergutsbesitzer Schlieper 1000 Schafe verbrannt. — Bei Sadlogosz, Kreis Schubin, fanden Bauern auf der Landstraße einen unbekannten Bettler tot, auch bei Tordon wurde ein Jude, der sich Abends vorher stark angezettet hatte, tot gefunden. Der Letztere hatte sich wahrscheinlich selbst erhängt, da um seinen Hals eine Schnur geknüpft war, die man um einen daneben befindlichen Zaunpfahl befestigt fand; seine Stellung war eine liegende, und er hätte gerade auf die Erde geredet, wenn die Schnur nur wenige Zoll länger gewesen wäre.

* Bromberg, den 24. November. In einem ganz in unserer Nähe belegenen Dorfe war die Gutsbesitzung eines Tages verstreit; als sie Abends wiederkehrte, wurden 4 Puten vom Geshöft vermisst. Am andern Morgen wurden daher in dem ganzen Dorfe und dessen Umgegend Recherchen angestellt, und man fand dabei die Köpfe der Puten auf dem Boden des Schullehrers. Zugleich stellte sich bei diesen Nachsuchungen heraus, daß derselbe an einem Diebstahl von 20 Enten, die vor Kurzem auf demselben Gute fortgekommen waren, beteiligt sein müsse; die gerichtliche Untersuchung gegen den vermeintlichen Dieb ist eingeleitet. So lange der Schullehrerstand noch derartige Subjekte in sich birgt, kann er natürlich auch keine größere Achtung genießen, als dies bis jetzt geschieht; freilich aber ist umgekehrt auch nicht zu verkennen, daß die traurige Lage der Landschullehrer, der die Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden sollte, deren moralische Hebung noch immer verhindert. — Bei uns mehren sich die Diebstähle in einer Entfernung erregenden Weise, und es läßt sich nicht läugnen, daß die immer noch nicht aufgehobene oder modifizierte Habeas-Korpus-Akte viel zur Verheimlichung des gestohlenen Guts beiträgt und die Entdeckung der Schuldigen fast unmöglich macht. Nicht selten aber werden diejenigen, welche die Diebe verfolgen, durch die verzweifelte Gegenwehr derselben in die höchste Lebensgefahr gestürzt; diese nämlich versuchen gewöhnlich auf alle Weise sich der Verfolger zu entledigen, um nicht auf frischer That ergriffen zu werden. So ist kürzlich ein Mann bei der Verfolgung von Dieben, die ihm seine Habeseligkeiten geraubt hatten, tödlich verlegt worden; in einem andern Hause wurde der hier stationirte Fußgendarman Stahl seines Säbels und Helms beraubt und so mit Hieben zugerichtet, daß er noch in großer Gefahr schwelt. Er wollte einer eben beraubten Frau bei Wiedererlangung ihres Gütes Hilfe leisten. Gewiß wäre bald ein strengeres Gesetz gegen diese artige Verbrechen höchst wünschenswerth.

Bromberg, den 24. Novbr. (Cont. Ztg) Unsere zweite Schwurgerichtsperiode ist vorüber. Unter mehreren anderen schweren Verbrechen war auch ein Vatermord. Der Angeklagte, der Ackerwirthslohn Franz Osmialowski, suchte sich durch hartnäckiges Lügen und eine trostlose Haltung der Strafe zu entziehen, wurde aber, nach erfolgter Beweisaufnahme, von den Geschworenen einstimmig für schuldig befunden, „seinen Vater in der feindlichen Absicht, ihn zu beschädigen, mit einem Stocke geschlagen und dadurch wirklich getötet zu haben.“ Der Gerichtshof verurtheilte ihn zur Schleifung nach der Richtstatt und Tod durch das Beil. Verhandlung einer Majestätsbeleidigung führte der Staats-Anwalt, Professor v. Randerow, selbst aus, daß es bedauerlich sei, wenn jeder unbedeutende Fall, der erst Wichtigkeit erhalten, wenn er durch die Gerichtsverhandlung veröffentlicht werde, gesellschaftlich hervorgezogen werde.

Inowraclaw, den 24. Novbr. Dass auch in unserer Zeit und in unserem Lande noch eine Entführung vorkommen kann, die nach der romantischsten Ritterzeit schmeckt, dazu liestert Folgendes einen Beleg: „Auf einem unweit Inowraclam gelegenen Gute lebt ein Wittwer, dessen einzige, 14—15 Jahr alte, Tochter mit einem unbemittelten jungen Manne, der in Thorn konditionierte, ein Liebesverhältnis angeknüpft hatte. Beide mochten wohl voraussehen, daß der Vater seine, dereinst sein bedeutendes Vermögen erbende, Tochter an einen so unbemittelten Menschen nicht verheirathen würde, und sie sannen deshalb auf Mittel, ihre eheliche Verbindung ohne väterliche Willigung zu bewerkstelligen, was ihnen auch glücklich gelungen ist. Als einst der Vater des Mädchens verreist war, machte sich diese, mit dem Nothwendigsten versehen, auch auf die Reise und zwar nach Inowraclaw, wo der Geliebte, ihrer schon harrend, sie empfing und mit ihr die Reise nach Thorn fortsetzte. Dort angekommen, haben sie durch Atteste (woher?) ihr Aufgebot etc. nachzuweisen versucht, und einen Geistlichen wirklich bewogen, sie zu trauen! — Man denke sich die eigenhümliche Überraschung des Vaters, als ihm die ganze Geschichte enthüllt wurde! Die Versöhnung ist indes zwischen ihm und den Neuvermählten bereits zu Stande gekommen; es soll noch eine Hochzeit statfinden und das romantische Ehepaar kann dann ungefähr die Freuden und Leiden des ehelichen Lebens genießen.“

Einen Beweis, daß selbst diejenigen Polnischen Bewohner dieses Orts mit denjenigen Deutschen, an welche sie durch ein besonderes geselliges Band geknüpft sind, nicht in Eintracht leben mögen, lieferten neulich die Polnischen Mitglieder der hiesigen Schützengilde, indem sie sich von der Begleitung eines Deutschen Kameraden auf dem letzten Wege zum Friedhofe ausgeschlossen, so daß nur Deutsche Mitglieder dieser Gilde dabei beteiligt waren. Dass doch die Verhöhnung immer noch nicht Wurzeln schlagen will!

